Andrei S. Markovits

Grün schlägt Rot

Ich möchte in der mir zugestandenen Zeit wie folgt verfahren:
1. Zuerst möchte ich ganz kurz, etwas autobiographisch untermalt, mein Interesse und meine Affinität (wenn auch oft sehr kritische Affinität) zu den Grünen darlegen. Diese kurzen Ausführungen sind - so glaube ich zumindest - auch von einem wissenssoziologischen Standpunkt aus interessant, damit Sie meinen epistemologischen Zugang zu den Grünen, meine Analysen der Grünen und meine normativen Sympathien und Antipathien den Grünen gegenüber besser einordnen können.

2. Dann möchte ich in ganz groben Zügen die Problemstellung und Analyse unseres Buches „Grün schlägt Rot" vorstellen.

3. Und letztlich möchte ich die heutigen Fragen und Probleme der Grünen in dem jetzt bereits heißen Wahlkampf aufgreifen.

Zu eins: Als Kind ungarisch sprechender Juden in Timisoara (Temesvar), Rumänien, bis zu meinem 9. Lebensjahr aufgewachsen, spielte der Holocaust eine zentrale Rolle in unserer Familie. So auch Politik und, in einer Zeit des Stalinismus in Rumänien, natürlich auch der Stalinismus. [Ich erinnere mich bis heute an die 1. Mai Feiern, an meine große Freude meinen Vater ein Marx- oder Engelsbild tragend bei der Parade vorbeimarschieren zu sehen -er freute sich um einiges weniger.] Ich habe also von klein auf die zwei größten Katastrophen unseres Jahrhunderts - entschuldigen Sie bitte meinen Eurozentrismus hier - irgendwie verinnerlicht. Sie waren mir immer sehr wichtig.

Als Teenager las ich nichts anderes als Geschichtsbücher über den zweiten Weltkrieg. Von meinem Vater und unserer Geschichte habe ich auch meine Affinität zum Westen, zu den Vereinigten Staaten und Großbritannien, zu der englischen Sprache bekommen. Nach Hitler und Stalin war für einen mitteleuropäischen Juden wie meinen Vater Europa erledigt. Die einzige Option war nur der Westen; in unserem Fall die USA. Es hätte aber genau so gut Kanada sein können. [Es war auch purer Zufall, daß wir nach New York und nicht nach Toronto auswanderten.]

Auf der Columbia University, in den Jahre von 1967 - 1975, wurde ich von drei pfadabhängigen (path dependent) - identitäts- und berufsbestimmenden - Momenten beeinflußt. Es handelte sich hier um einen kritischen Bruchpunkt (critical juncture).

1. Dem eingehenden Studium der westlichen politischen Soziologie: Marx, Weber, Durkheim, Parsons, Mills, Frankfurter Schule etc. - also genau des Kanons der Dwems, der jetzt in einigen Kreisen der Vereinigten Staaten so stark verpönt ist - Gott sei Dank nicht auf der Columbia University.

2. Einer Realisierung, daß Westen und westliche Werte nicht unbedingt kongruent sind mit der real existierenden Politik der Vereinigten Staaten oder der real existierenden Politik des Westens. Sie sind es manchmal und manchmal auch nicht. Daß es sich hier um eine empirische Frage, nicht um eine kategorische handelt; und daß die Werte liberaler Demokratie zwar manchmal kongruent sind mit denen des Kapitalismus, aber genau sooft im Gegensatz zueinander stehen und sich gegenseitig bekämpfen.
Der Vietnam Krieg und meine Politisierung in der massiven Bewegung gegen ihn, ließen mich in der Machtausübung der Vereinigten Staaten grobe Fehler und moralische Defizite erblicken, nicht jedoch in den Werten des Westens. Ich wurde ein Kritiker von kapitalistischen Mißständen und ungezügelter Staatsmacht, jedoch nicht ein Kritiker der westlichen Werte - besonders nicht derer der liberalen Demokratie.
Ich habe schon damals die Dritte-Welt-Bewegungen zwar in ihrem Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus voll unterstützt, sie jedoch nie angehimmelt. [Ich hatte keine Ho Chi Minh Poster in meinem College Zimmer, auch keine von Che Guevarra; dafür aber einige von Marx, Rosa Luxemburg, Martin Luther King und ein Bild von Martin Buber.] Ich verstand zwar den Leninismus dieser Bewegungen, war aber nie davon beeindruckt und hatte immer Angst, daß diese Bewegungen in ihrem Inneren zu undemokratisch waren - und es auch bleiben würden nach ihrem Sieg gegen Kolonialismus und Imperialismus. Deswegen war ich auch von solchen Tragödien wie in Campuchea dann nicht völlig überrascht. Ich wurde - wenn Sie so wollen - zu einem westlich-orientierten Linken. Im Klartext: zu einem linksliberalen Sozialdemokrat.

3. Einer anscheinend lebenslangen Zuneigung zur *counter culture* im kulturellen Sinn - also Dylan, Jimi Hendrix, Grateful Dead, The Band.

Ich studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und auch Betriebswirtschaft mit dem Schwerpunkt Europa. Mir wurde bald klar, daß alle Wege der europäischen Geschichte - politische Geschichte, Geistesgeschichte, Kulturgeschichte, Wirtschaftsgeschichte - früher oder später nach Deutschland führen. Ob

dies gut oder schlecht ist sei dahingestellt, aber es ist nun mal so - oder zumindest sah (und sehe) ich dies so. Und in Deutschland führten früher oder später alle Wege irgendwie, irgendwann, irgendwo zum Holocaust.
Ihn aufzuarbeiten
Ihn zu verhindern
Ihn zu vertuschen
Ihn zu verkleinern
Ihn zu vergrößern

Der HOLOCAUST ist nun mal das zentrale Ereignis der deutschen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Man kann ihn runterspielen, so tun als gäbe es ihn nicht - aber er existiert in irgendeiner Form. Manifest und latent; ausgesprochen und unausgesprochen. Er ist vorhanden!

Wie Sie aus meinen kurzen biographischen Ausführungen gut verstehen können, interessierte mich die Deutsche Sozialdemokratie, die deutsche Linke. Eben das *andere Deutschland*; das bessere (um nicht zu sagen gute) Deutschland; eben dieser Teil Deutschlands der - kategorisch und pauschal betrachtet - am wenigsten von der Nazizeit kompromittiert war. Ergo begann ich mich mit deutscher Gewerkschaftspolitik zu beschäftigen und verbrachte zu diesem Zweck die ersten acht Monate des Jahres 1979 in der Bundesrepublik, hauptsächlich in Düsseldorf, beim WSI, und in Frankfurt. Dort lernte ich die deutsche Linke kennen.
Beim Stahlstreik im Januar 1979 in Duisburg;
in den Kneipen von Bockenheim und Kreuzberg;
in den universitären Institutionen und sonstigen Forschungszentren;
in den Gewerkschaften selbst;
natürlich auch in der SPD.

Was zog mich bei den Grünen besonders an?
Auch hier gab es einen ganz präzisen kritischen Bruchpunkt, der dann pfadabhängig bis zum heutigen Tag wurde: Es handelte sich um einen Stand der Grünen - genauer gesagt einen Stand der „Sonstigen Politischen Vereinigung - Die Grünen“ in Düsseldorf, der zum Anlaß der kommenden Europaparlamentswahl aufgestellt wurde. Ich sprach mit einem jungen Mann, der den Stand besetzte und fragte ihn über dieses neue Gebilde, diese neue Formierung aus.
Ich weiß nicht mehr genau, was er in unserem Gespräch sagte, aber drei Dinge werde ich von diesem Erlebnis nie vergessen. Drei Dinge, durch welche die Grünen für mich nachhaltig sympathisch wurden:
- Erstens sprach er über die Rechte von Tieren. Ich hatte das noch nie von einer politischen Formierung gehört. Von Tierschutzvereinen ja, aber noch nie von irgendeiner Partei. (Ich bin seit Jahren aktives Mitglied und Geldgeber der Yankee Golden Retriever Rescue Association und der Massachusetts Animal Rescue League - Concorde).
- Zweitens kam herrliche Musik aus seinem Kassettenrekorder: Dylan's *Blonde on Blonde*; und das damals sehr bekannte *Sultans of Swing* von den Dire Straits.
- Und drittens vermittelte er irgendwie ein demokratisches Gehabe, einen demokratischen Habitus. Er hatte eine demokratische Stimme, wenn es so etwas gibt. Er war ein politisierter Hippie.
Tiere, Dylan (sprich: 60iger Jahre aber auch westliche Werte und westlicher Liberalismus), Demokratie - alles als essentielle Ausdrücke eines Milieus, das im Begriff war, sich als Partei zu konstituieren. Das war einfach zu viel des Guten. Das war einfach meine Partei, wenn Sie so wollen, die Partei meines Milieus, meiner Generation - 12 Jahre vor Bill Clinton und Al Gore und viel sympathischer.

Keine dieser Topoi spielten irgendeine Rolle im sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen, alt- aber auch neumarxistischen Milieu. Sicherlich nicht die Tiere; auf keinen Fall Grateful Dead oder Dylan. Kulturell sind die 60iger Jahre an den Gewerkschaften und dem Gros der Sozialdemokratie völlig vorbeigegangen (weil eben zu bürgerlich, zu dekadent, zu kommerziell, zu fremd - Peter Glotz beim Großen Ratschlag der IG Metall); und um die Demokratie im Inneren war es auch nicht gerade toll bestellt in Organisationen wie der IG Metall oder auch der IG Chemie - um proporzmäßig die zwei großen, ideologisch diversen Gruppierungen der deutschen Gewerkschaften zu nennen; aber auch in der SPD gab es bei diesen drei wichtigen Momenten erhebliche Defizite. So kam ich über viele Umwege dann dazu dieses Buch über die Grünen zu schreiben.

Zu Zwei: Zu unserem Buch „Grün schlägt Rot: Die deutsche Linke nach 1945“.
Zwei kurze Vorbemerkungen:
1. Das Buch schrieb ich mit Phil Gorski, einem der besten Studenten, die ich jemals hatte. Er ist jetzt Professor für Soziologie an der University of Wisconsin, Madison.
2. Zum Titel des Buches: Es handelt sich um den Titel eines Artikels, den Hans-Ulrich Jörges in der Zeitung DIE WOCHE vom 29. September 1995 schrieb: Der Artikel heißt: „Grün schlägt Rot". In meinem Epilog zu der deutschen Ausgabe des ursprünglichen Buches, das auf englisch „The german left: red, green and beyond“ heißt und Anfang 1993 in den USA bei Oxford University Press und im restlichen englischen Sprachbereich bei Polity Press-Basil Blackwell erschienen ist, erwähne ich diesen Titel und diesen Artikel (auf Seite 426). Mein Lektor, Peter Hammans - damals noch bei Rotbuch, jetzt bei Drömer-Knaur - und ich zerbrachen uns den Kopf, um für

unser Buch einen parallel äquivalenten Titel zu den anderen zwei bereits in der Rotbuch Serie veröffentlichten Büchern zu finden:
Zu Sunil Khilnani's „Revolutionsdonner. Die französische Linke nach 1945“ und
Zu Lin Chun's „Wortgewitter. Die britische Linke nach 1945“.

Aus den verschiedensten Gründen paßte nichts. Da nahm Herr Hammans - mit meinem völligen Einverständnis - den Titel „Grün schlägt Rot“. Obwohl dies in der heutigen politischen Landschaft der Bundesrepublik komisch, verwegen und unrealistisch klingen mag, möchte ich in meiner Ausführung den Sinn des Titels (spirit of the title) - nicht den eigentlichen Titel selbst (the letter of the title) - rechtfertigen. Der Titel ist - so meine These - aus zwei Gründen noch immer hochrelevant und nicht falsch.
Einem guten Grund: Nämlich der kompletten, grundlegenden Veränderung der deutschen Linken seit 1980.
Und einem schlechten Grund: Grün könnte in dieser kommenden Wahl Rot wirklich „schlagen", im Sinne daß schwarz/gelb und Helmut Kohl weiterhin die deutsche Regierung nach dem 28. September stellen werden.

Unsere Fragestellung war einfach:
1. Warum haben die deutschen Grünen - ich sollte dazu sagen die westdeutschen Grünen - im Laufe der 80iger Jahre den politischen Ton und die politischen Inhalte der Bundesrepublik Deutschland entschieden verändert und - im Verhältnis zu ihrer zahlenmäßig bescheidenen Größe - disproportional beeinflußt?

2. Wie und warum haben sie es geschafft den Stil und die politischen Inhalte der deutschen Linken tiefgehend umzumodeln?

3. Was hat die deutschen Grünen zu den sicherlich wichtigsten und profiliertesten Vertretern einer neuen Politik in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten gemacht?

Schlicht ausgedrückt: Was hat die Grünen zu dem wichtigsten institutionalisierten Ausdruck „post-materialistischer" Politik gemacht?

Wenn man über Grüne in der Welt spricht, wenn man über post-materialistische Politik und deren Ausdruck in der Welt spricht - dann spricht und denkt man über die deutschen Grünen. Nicht die neuseeländischen, die englischen, die kalifornischen, die aus Vermont - alle zeitlich gesehen älter als die deutschen Grünen - sondern man assoziiert Deutschland. Wie man Sozialdemokratie in der Welt heutzutage besonders mit Schweden assoziiert, assoziiert man Grüne mit Deutschland. Warum? Beide sind sozusagen Idealtypen ihres jeweiligen Genres; ihres international präsenten Milieus.

Wir beantworteten unsere Fragen mit Hilfe dreier konzentrischen Kreise, wenn Sie so wollen:
1. Der erste Kreis behandelt den allgemeinen *value shift* und *politics shift* in den westlichen liberalen Demokratien, den wir seit den späten 60iger Jahren überall beobachten können.
Hier behandeln wir Topoi wie
- Die Erfahrungen der 60 Jahre - den 68iger Bruchpunkt.
- Postfordismus und Krise des Keynesianismus.
- Damit kongruent - Krise der Sozialdemokratie; Staatskrise, besonders was die Finanzen betrifft. Stichwort: James O'Connor's „The fiscal crisis of the state“.
- Die neuen sozialen Bewegungen.
- Den unerhörten Wertewandel, der den Inhalt progressiver Politik zwischen 1980 und 1996 völlig umändert: *von Dämmen* zum *snail darter*. Von der großen zur kleinen Technologie. *World value survey* von Ronald Inglehart:
1980: Verhältnis von Materiellen zu post-materiellen Werten war 4:1.
1996: Verhältnis von Materiellen zu post-materiellen Werten war 1,4:1.
Völlige neue Themen kommen ins Spielfeld der Politik:
- Gender issues - es gab natürlich zahlreiche Vorläufer, aber niemals so massiv, wie seit den späten siebziger Jahren.
- Sexual orientation - das war einfach nicht Teil des politischen Diskurses bis 1980. Auch heute ist es nicht Teil des politischen Diskurses in Ländern wie der Türkei oder Bangladesh, wo Inglehart und seine Kollegen nicht einmal die Frage stellen durften. Aber die Länder, in denen die Frage gestellt werden darf - und in denen es Antworten gibt, wächst. Interessant - und zumindest zu einem bescheidenen Optimismus in menschliche Toleranz verleitend - ist die Tatsache, daß Akzeptanz und Toleranz gegenüber Homosexualität langsam in den Ländern des kapitalistischen Westens wächst. Noch immer sehr entzweiend und *contentious* (Alan Wolfe's neues Buch), aber die Akzeptanz und Toleranz ist 1996 größer als 1990; und die von 1990 war größer als die von 1980.
- Umwelt, Ökologie - kein Thema vor Mitte der 70iger Jahre. (Heinz Fischer schreibt in seinem Kreisky Buch, daß niemand in der SPÖ, bis knapp vor dem Volksbegehren in Zwentendorf, das Wort Ökologie überhaupt kannte, geschweige denn eine politische Stellung dazu hatte.)
- Die Entwicklung einer Skepsis gegenüber herkömmlichen Autoritäten, gegenüber etablierten Institutionen: Sei es gegenüber der Regierung oder dem Staat; gegenüber Ärzten oder Vätern; gegenüber Lehrern oder dem Präsidenten/Regierungsoberhaupt/Staatsoberhaupt. - In allen dieser Länder gibt es eine rasante Entwicklung

nach unten. Einen eindeutigen Autoritätsverlust, der gezielt und konstant nach unten geht. Das britische Königshaus erlitt einen Autoritätsverlust bereits lange vor all den Skandalen und Mätzchen der letzten Zeit; die Institution „President of the United States" - unabhängig des eigentlichen Inhabers - erleidet konstanten Autoritätsverlust. D.h. Bill Clinton hat die besten nur erdenklichen Zahlen, aber die Amerikaner achten die Präsidentschaft als Amt, als Institution, viel weniger, als noch vor 5 Jahren. Monika Lewinsky hat nicht nur mit der vergrößerten Konkurrenz am amerikanischen Medienmarkt zu tun; dies hat auch mit der komplett anderen Einstellung der Amerikaner zur Institution Präsident zu tun: Ganz anders als zu Zeiten von JFK und LBJ, neben denen Clinton ein prüder Mönch ist.
Die deutschen GRÜNEN sind also Teil eines Milieus, eines *shifts*, eines Wandels, den es mehr oder minder in allen hochentwickelten kapitalistischen Staaten gibt.

2. Der zweite Kreis beschäftigt sich mit den Ländern und ihren Merkmalen, in denen dieses eben genannte Milieu eine erfolgreiche Partei formt - erfolgreich im Sinne des Einzugs in Parlamente auf lokaler und auch nationaler Ebene.
Hier sind folgende Charakteristika kurz zu erwähnen:

- Das Wahlrecht und Wahlsystem: In Ländern mit Mehrheitswahlrecht ist die Barriere des Eintritts (barrier of entry) in den Parteiraum (party space) einfach zu hoch. In diesen Ländern, USA und GB, gelingt es diesem Milieu nicht sich in Parteien zu formieren - oder ihrer Politik zumindest teilweise durch Parteien erfolgreich Ausdruck zu verleihen.

- Institutionalisierte Arbeiterbewegungen in starken Gewerkschaften und einer starken sozialdemokratischen Partei. Grüne Parteien kommen in Ländern zur Geltung, die auf der Skala von Walter Korpi in ihrer Arbeitnehmerinteressenvertretung als hoch institutionalisiert gelten, also die skandinavischen Länder, die Niederlande, Deutschland und Österreich. Wir unterscheiden hier zwei Gründe, warum diese Konstellation zur Kreation von grünen Parteien verleitend ist:
1. Einer starken Sozialdemokratie korporatistischer Art gelang es große Teile des Verteilungskampfes zwischen Kapital und Arbeit vom Markt auf den Staat zu verlegen - und damit zu demokratisieren, zu verallgemeinern, öffentlicher zu gestalten. Der Sozialdemokratie gelang es auch - konform mit ihrer Ideologie und ihren politischen Zielen - den Staatssektor auszubauen (dies geschah in jedem dieser Länder anders) und somit eine große Gruppe von Menschen zu schaffen, die nicht vom Markt, sondern vom Staat abhängig waren. De-Commodification (Entwarlichung).

2. Mit der Staatskrise der späten 70iger Jahre fangen diese Sozialdemokratien an ihre Gürtel enger zu schnallen, Sparpakete und Sparprogramme zu fahren - und auch in anderen Dingen repressiv zu sein (z.B. Berufsverbote in Deutschland). Vor allem sind alle Sozialdemokratien für die neuen Topoi der Politik, die für genau diese entwarlichte, wenn auch von der Sozialdemokratie nicht geschaffene, dann zumindest sehr geförderte Schicht, zu immer größerer Wichtigkeit wird, völlig taub und abweisend. Diese Desillusionierung mit der Sozialdemokratie trägt sehr dazu bei, daß grüne Parteien in ein von der Sozialdemokratie unbesetztes neues Feld vorstoßen und sich erfolgreich etablieren.

- Die existierende Parteienlandschaft, in der es entweder gar keine, oder nicht sehr prominente Konkurrenten links der Sozialdemokratie gibt.

- Letztlich, mit Ausnahme Österreichs und Belgiens, haben alle korporatistischen Demokratien große protestantische Mehrheiten. In der Bundesrepublik Deutschland war die grüne Partei und ihre Vorgänger und Mitläufer, wie z.B. die Friedensbewegung, in protestantischen Gegenden eingangs auch viel erfolgreicher und ideologisch radikaler als in katholischen Gegenden. Während das Verhältnis zwischen religiöser Tradition und politischem Radikalismus genauer untersucht werden müßte, besteht ganz offensichtlich eine Verbindung zwischen Protestantismus und „neuer Politik“. Religiöse Tradition hat nichts mit aktiver Kirchenbeteiligung zu tun; nichts mit dem real existierenden heutigen religiösen Gehabe.
Daß es aber eine gemeinsame protestantische Kultur gibt - wie es auch eine gemeinsame katholische Kultur gibt, und eine gemeinsame konfuzianische - wird schön von den Daten Inglehart's bestätigt. Religiöse Tradition ist eine von vielen Variablen, die politischen Habitus bestimmen und beeinflussen. Inglehart's Daten zeigen auch wunderschön, daß es eine klar andere politische Kultur und andere politisch Werte gibt, die nach Sprache geordnet sind. Also es gibt so etwas wie eine englisch sprachige Kultur, oder eine deutsch sprachige Kultur, oder eine romanische Kultur. [Interessant, daß in einigen Dingen - wo religiöse Kultur wichtig ist - Österreich und Deutschland entfernter voneinander liegen als z.B. Österreich und Irland, oder Österreich und Italien; in anderen Dimensionen wiederum Deutschland und Österreich ganz nahe beisammen liegen. Nebenbei zeigt Inglehart sehr schön die innerdeutschen Unterschiede der politischen Kultur und ihres Habitus und Diskurses. Es gibt wirklich einen Unterschied zwischen Osten und Westen; und zwischen Bayern und dem Rest des Bundesgebietes.]

3. Der dritte Kreis beschäftigt sich mit den deutschen und bundesrepublikanischen Spezifika, die wir für das Entstehen der Grünen und ihrem Wesen für wichtig erachten.

Wir meinten - und meinen weiterhin - daß alle diese Punkte ein Vermächtnis der Jahre 1933
- 1945 sind, und besonders vom Holocaust, wenn auch nicht unbedingt direkt so dennoch ganz entschieden, abhängen. Wir nannten diesen Cluster daher pauschal den *Holocaust Effekt*.

In diesem Cluster behandeln wir folgende Punkte:

- Die große Generationskluft in der Bundesrepublik.
Wie in Ingelharts' *World Value Survey* klar ersichtlich, ist nirgendwo in ähnlichen kapitalistischen Gesellschaften die Generationskluft so durchgängig und so markant, wie in der Bundesrepublik Deutschland. Dies betrifft ganz besonders die berühmte 68iger Generation. Hier gab es eine Bruchlinie in der Bundesrepublik, die es sonst in keinem ähnlich strukturierten Land auch nur annähernd gab. Unseres Erachtens war die wahre Stunde Null, nämlich die wahre Demokratisierung der Bundesrepublik Deutschland erst mit 1968 völlig gesichert und wirklich auch in der Gesellschaft verankert - wurde sozusagen zur täglichen Kultur, zum täglichen Diskurs der Republik. Die späteren Träger der Grünen formierten die erste wirklich Bundesrepublikanische Partei in der deutschen Parteienlandschaft. Keine Vorfahren, keine Belastung, klare Tabula Rasa. Obwohl am kritischten der Bundesrepublik gegenüber eingestellt, waren sie glasklar nur ihre Kreation. Sie waren für mich die unbelastetste, bundesrepublikanischste - damit auch die westlichste - Partei des Landes.

- Die geopolitische und geographische Lage der damaligen Bundesrepublik im damaligen Europa.
Kein europäischer Staat wurde so unmittelbar von der politischen Lage des Kalten Krieges beeinflußt wie Deutschland (Ost und West). Es gab nirgendwo ein Ost-XYZ und ein West-XYZ; kein Land hatte seine größte Stadt mit einer Mauer geteilt (Die österreichischen Parallelen wurden 1955 bereits durch die Neutralität des Landes aufgehoben. Es gab daher kein Ost und West Wien mehr, und auf keinen Fall durch eine Mauer getrennt.). Nirgendwo wurde der Kalte Krieg sozusagen vor Ort - nicht in Seminarräumen von Universitäten und Planungsräumen von Regierungen - so nah erfahren wie in Deutschland. Und von keinem Land war es klarer und selbstverständlicher, daß wenn es einmal irgendwie und irgendwann krachen sollte, die Kampfhandlungen zu einem großen Teil sein Territorium und seine Bevölkerung unmittelbar beträfen. D.h. die Friedensbewegung in Westdeutschland - ungleich der überall anderswo in Europa - hatte eine unmittelbar existenzielle Dimension, und damit auch eine ihr ganz eigene Schärfe.

- Die ungelöste, stets belastete (und belastende) nationale Frage.
Es gab - und gibt - in keinem europäischen Land etwas äquivalentes. Auch nicht in Österreich, wo es dies zwar geben sollte, aber aus drei Gründen nicht geschah:
1. Dem exulpierenden Effektes der Moskauer Deklaration aus dem Jahre 1943 (Die bösen Piefkes; Anschluß: The Rape ofAustria).

2. Der Neutralität des Landes, welche Österreich auf einen ganz anderen Pfad der globalen und europäischen Politik brachte, als dies für Westdeutschland der Fall war. Eine ganz andere
Pfadabhängigkeit

3. Der Schaffung einer bewußten österreichischen Identität, deren Hauptsäule das Nicht-Deutsch-Sein ist.
a) stets fallende Tendenz zur Frage, ob Österreich irgendwie zu Deutschland gehört, oder mit Deutschland - außer sprachlich und kulturell - verbunden ist (Von über 50% in den 50iger Jahren zu unbedeutend geringen Werten heute. Nicht einmal die einst rein deutschnationale FPÖ definiert sich als deutschnational. Im Gegenteil: Haider und Haiderismus sind betont a-deutsch, manchmal sogar anti-deutsch. Wer hätte noch vor zehn Jahren geglaubt, daß der Hauptträger eines neuen Austro-Faschismus sich überhaupt nicht deutsch definiert. Deutsch-österreichisch auf alle Fälle, aber dies hat nichts mit Deutschland zu tun, sondern mit einer klaren Abgrenzung gegenüber Fremden.).
b) das klare Anwachsen der Salonfähigkeit einer österreichischen Aussprache unter den Eliten und im gehobenen Milieu; im Rundfunk und Fernsehen. Noch nicht die Dimension des Schwytzer Deutsch - also einer Sprache ohne Schrift - aber erkenntlich und wachsend.
c) Cordoba 1978 - Österreich schlägt Deutschland mit 3:2 und Deutschland muß die Weltmeisterschaft verlassen (Ham schickt Hammas mit der Lufthansa). Alle österreichischen Sozialwissenschaftler sind sich einig, daß dies ein wichtiger kritischer Bruchpunkt war in der Festigung einer österreichischen Identität Deutschland gegenüber. (*Unequal partners: A comparism of the relations between Austria and West Germany and Canada and the United States.)*

In der Bundesrepublik gab es keine Exit-Option á la Österreich. Diese ungelöste und sehr schwierige Nationalfrage hat die deutsche Linke in ihrer Identität und in ihrer Politik tief beeinflußt und wird es noch lange tun. Weit in die Berliner Republik hinein. Beispiel: 1982 Frankfurt/Bockenheim Algerien-Deutschland; ein paar Tage später Paris, Irland-Frankreich. Ganz andere Reaktionen in soziologisch und kulturell gesprochen sehr ähnlichen Milieus.
Deshalb wundert es mich überhaupt nicht, daß die zwei Parteien, die dieses Milieu in der Bundesrepublik abdeckten - hauptsächlich die Grünen aber auch die SPD - die Dezember-Wahl 1990 so „verhauen" haben. Das

war nicht eine Frage der falschen Taktik bzw. der falschen Wahlstrategie. Es war eine Frage der rapiden Umstellung von Grundwerten, von fundamentaler Milieukultur, die eben nicht in der Schnelle möglich war. Politiker sind eben doch nicht ganz so käuflich, moralisch labil, korrupt und prinziplos, wie es ein Gros der Bevölkerung annimmt.

Die ungelöste und belastende nationale Frage führt auch zu immensen Identitätsproblemen dem Westen gegenüber, zur Beziehung zu den Vereinigten Staaten als politisches Gebilde und zu Amerika und dem Amerikanismus im weiteren Sinne in Fragen von Politik, Ökonomie, Kultur, die oft nur tangentiell mit den real existierenden Vereinigten Staaten zu tun haben.

- Dem Souveränitätsproblem. Natürlich war die Bundesrepublik Deutschland ein souveräner Staat. Aber solange das Staatsoberhaupt nur an Bord einer US Air Force Maschine und nur mit Erlaubnis der Alliierten Militärbehörden von Bonn nach Berlin fliegen durfte - oder mit dem Pan Am oder British Airways, nicht aber mit Lufthansa - war die Souveränität dieses Staates anders als die der übrigen Staaten in Westeuropa.
Unsere These ist daher, daß all diese Faktoren die Grünen in der Bundesrepublik viel mehr formierten und ihre Welt viel mehr beeinflußten als ihre Schwesterparteien in anderen europäischen Ländern oder anderswo auf der Welt.
Da viele der eben genannten Punkte seit 1990/91 nicht mehr relevant sind, glaube ich, daß eine Änderung der Grünen irgendwann stattfinden wird - und (jetzt rein normativ gesprochen) hoffentlich bald stattfinden wird.

Bevor ich jetzt zum dritten und letzten Teil meiner Ausführungen komme, zu den Problemen der Grünen im bereits auf Hochtouren laufenden Wahlkampf, möchte ich eines ganz entschieden vorausschicken: Es steht mir nicht an, die Grünen zu belehren. Ich hasse es, wenn Außenstehende Leute vor Ort belehren: Wenn Amerikaner in und für Europa das amerikanische Modell hochpreisen und es diktieren wollen; im Gegenzug aber auch, wenn Europäer in den Vereinigten Staaten ihr europäisches Modell - ihr angeblich viel humaneres und zivilisierteres System - so quasi den Marktwilden aufdrängen wollen.

Aus Santa Cruz und Cambridge läßt es sich leicht über die deutschen Grünen reden. Ich stehe nicht im täglichen Kampf der Politik; ich bin nicht an der Frontlinie und in den Schützengraben der Tagespolitik. Ich kenne die innerparteilichen Spielräume und Spannungen, welche die Politiker hier täglich austragen und ausstehen müssen, bestenfalls aus der Lektüre. Reden ist leicht und billig. Ich will hier nicht oberlehrerhaft auftreten. Meine Kritik ist also nicht belehrend gemeint und nicht besserwisserisch. Sie ist in diesem Sinne solidarisch mit dem Projekt von Bündnis 90/Die Grünen, indem ich hoffe, daß sie zu Diskussionen und Gedankenanstößen führt, die den Zielen dieses Projektes dienlich sind

Zu Drei: Der Wahlkampf 1998.

Ich habe das Magdeburger Programm der Grünen „Grün ist Wechsel“ mit großer Sorgfalt und Aufmerksamkeit gelesen und bin mit vielem voll einverstanden, mit einigem etwas weniger. (Es freut mich aber besonders, daß dieses Programm Tierschutz wiederum beinhaltet, diesmal in konkretem Ton und mit konkreten Schritten und Punkten.)

Ich finde auch die Energiepolitik der Grünen im großen und ganzen in Ordnung - auch die berühmt-berüchtigten 5,- DM pro Liter Benzin und deren stufenweise Einführung, die im Programm klipp und klar dargelegt wird, aber dann sehr schlecht an die Öffentlichkeit gebracht wurde. Ich würde im Rahmen einer ökologischen Verkehrspolitik auch einen Maut -- also einen Öko-Maut - an Autobahnen einführen; und ein Fahrverbot für Personenkraftwagen in den Innenstädten deutscher Großstädte zu bestimmten Zeiten, sagen wir zwischen 8 und 18 Uhr, Montag bis Freitag. Vor allem würde ich eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf allen Autobahnen einführen.

Ich weiß, daß dies besonders unpopulär in Deutschland wäre, da Deutsche zu ihrem Auto eine ähnliche Beziehung haben, wie Amerikaner zu ihren Gewehren: Freie Fahrt für freie Bürger! Die Freiheit wird mit Geschwindigkeit auf der Autobahn gemessen, wie in den Vereinigten Staaten mit dem Recht ein Gewehr zu besitzen. Beide sind oft sehr tödliche Freiheiten.
Aber ich wollte mich in der begrenzten Zeit auf den Teil „Außenpolitischer Aufbruch ins 21. Jahrhundert“ mit meiner Kritik konzentrieren:

Im Gegensatz zu den anderen Abschnitten des Magdeburger Programmes, fand ich diesen Teil leblos, politikfern, viel zu abstrakt und teilweise sogar - im genauen Widerspruch zu seiner Intention – bevormundend, um nicht zu sagen elitär und eurozentrisch.

Wie ich schon vorher erwähnte, gibt es in der Geschichte und in der politisch-sozialen Entwicklung klar erkennbare „kritische Bruchpunkte“, die - Weichenstellungen zugleich - eine Pfadabhängigkeit schaffen, von der es sehr schwer ist wieder abzukommen. Nur ein neuer „kritischer Bruchpunkt“ vermag dieses Abspringen zu

verwirklichen. Es besteht kein Zweifel, daß 1989/90 so ein „kritischer Bruchpunkt“ war, aber anscheinend nur makropolitisch und geopolitisch, auch für viele Gruppierungen der Innenpolitik, jedoch - so scheint es mir - nicht für alle. Und zwar eben nicht für die deutsche Linke, oder zumindest nicht für eine ihrer politisch wichtigsten institutionellen Vertreterinnen: nämlich der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Pfadabhängigkeiten und kritische Bruchpunkte zwischen Makro- und Mikrostrukturen sind nicht immer kongruent: So war z.B. 1968 ein viel bedeutenderer kritischer Bruchpunkt für die deutsche und westliche Linke als z.B. das Jahr 1945, sicherlich weltpolitisch ein wichtigeres Datum als 1968. „1968“ war ein solch einschlägiges Erlebnis für die deutsche Linke, daß sie - noch bestärkt durch den von „1968" mobilisierten kritischen Bruchpunkt „1945“ - den mächtigen Wandel von 1989/90 nicht wirklich wahrnehmen will oder vielleicht auch kann. Man hat sogar oft das Gefühl - zumindest als sympathisierender Außenstehender - daß die Änderungen seit 1989/90 nicht nur nicht wirklich verstanden und begrüßt werden, sondern daß sie sogar betrauert werden. Die Prismen, mit denen die post-l989iger Welt von Bündnis 90/Die Grünen betrachtet wird, sind von den Prismen der post-68iger Welt noch klar geprägt. Dies mag für viele Bereiche der Politik empirisch wie auch normativ noch zutreffen. Nicht aber für die Außenpolitik, wie ich meine. Dieser *„BetrachtungsGAP“*, dieser „*ErkenntnisGAP“* ist zwar wissenssoziologisch verständlich, aber im Bereich der Außenpolitik höchst problematisch für eine Institution, die vielleicht ab Ende September diese Politik direkt mitbestimmen wird.

1. Zu abstrakt, zu pauschal, zu politikfern:
Beispiel: Die großen Tragödien der letzten Jahre werden zwar namentlich genannt - Algerien, Kurdistan, Somalia, etc. (ich hätte noch einige im Dokument unerwähnte gerne inkludiert gesehen, wie z.B. Ost Timor, Tibet, Sudan, den offenen und aktiven Sklavenhandel in Mauretanien und im Sudan. Leider gibt es sehr viele Tragödien, die namentlich hätten aufgelistet werden müssen) - aber wie man sie verhindern könnte, was man konkret tun könnte und sollte als Deutscher und besonders als deutscher, progressiver Mensch - bleibt völlig unausgesprochen. Außer absurden Widersprüchen gibt es hier nichts zu lesen. Der Hauptwiderspruch:
„Die Vereinten Nationen und ihre Regionalorganisationen brauchen außerdem dringend eigenständige Einheiten zur Überwachung von Sanktionen, zur Konfliktmoderation und zur Durchführung friedensbewachender Einsätze nach Kapitel VI der UN-Charta, die weder dem Kommando nationaler Armeen unterstehen noch von Militärbündnissen abhängig sind.“ (Frage hier: Da es eben „dringend" ist, wie soll dies bewerkstelligt werden? Und was machen wir in der Zwischenzeit, in denen Menschen niedergemetzelt werden von willkürlichen und brutalen Diktaturen?)

Aber diesem Konzept der „eigenständigen Einheiten“ liegt doch irgendwie etwas militärisches zu Grunde. Es handelt sich doch hier um ein Militär und nicht um einen Sport- oder Gesangsverein oder eine Interessengruppe, eine *lobby group*. Das Dokument spricht klar von „Einheiten". Und dann kommt der Widerspruch: „Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab.“ Warum dann die Einheiten? Was sollen die denn tun? Wozu braucht man sie?

Ich verstehe schon, daß die Grünen hier keine Staatssouveränität wollen. Aber dann müssen sie erstens erklären, wie die internationale Souveränität dieser „Einheiten“ ausschauen soll, und zweitens, was sie machen sollen, wenn ihnen Militäreinsätze verwehrt sind. Warum nicht jeden Konflikt kurz behandeln und bei jedem einzeln - eben nicht pauschal - konkrete Punkte der Konfliktlösung - oder besser noch - der Konfliktverhinderung vorschlagen? Zu Ruanda, zu Campuchea, zum Nahen Osten, zu all den im Programm aufgelisteten Krisenpunkten. Auch wenn es bei jedem Fall zu Meinungsverschiedenheiten kommen würde, hätten wir einen konkreten Diskussionsboden, auf dem wir uns weiterbewegen könnten. Dann würden die Grünen wirklich etwas beitragen. Es geht hier nämlich um das Leben und Heil konkreter Menschen, nicht um den abstrakten Frieden um jeden Preis. Wolfgang Bruckmann hat schon Recht, wenn er sagt, daß ein Pazifismus der über Leichen geht, seinen moralischen Anspruch verloren hat. Nehmen wir ein Beispiel eines Gemetzels, wo die Grünen als Deutsche wirklich etwas Konkretes hätten machen können: Ruanda!
Warum hat die deutsche Bundesregierung nicht bei ihrem engsten Partner in Europa - den Franzosen - mächtig interveniert, wie deren desaströse, von der Frankophonie und von einem
nicht einmal verhüllten Neokolonialismus (Paläokolonialismus?) getriebene Afrikapolitik zu diesem Gemetzel erheblich beitrug? Hier hätten die Deutschen etwas konkret machen können, und auch die deutsche Linke. Aber Frankreich und Ruanda ist nicht auf deren konkreten Radarschirm.
Oder im Fall Bosnien? Wiederum ein konkreter Fall, wo die Deutschen und die deutsche Linke etwas konkretes hätten machen können – und zwar vor Srebernica.
Warum wurden Franzosen und Briten nicht von ihrer total pro-serbischen Politik abgehalten? Wo war der deutsche Druck, nach der unsäglichen Anerkennung Kroatiens und Sloweniens, auf die zwei europäischen Partner, die im Gegenpol zu Deutschland glaubten den Serben freien Lauf lassen zu können bis es zu spät war? Jasenovac und Ustashe kann man nicht mit Sarajewo, Srebernica und den Verbrechen von Karadzic und Mladic (und natürlich Milosevic) gutmachen. [Bitte, verstehen Sie mich wohl, ich will die Kroaten unter Herrn Tudjman nicht ausklammern.] Genauso wie man Auschwitz nicht mit Sabra und Shatila gutmachen kann - und wo die Deutsche Linke ihr Engagement lautstark zeigte. Warum nicht in Bosnien? Ich glaube die Antwort hier leider genau zu wissen - und die Linke leider auch - aber lassen wir das.
Warum kein anerkennendes Wort an die SFOR? Nur weil es hauptsächlich Amerikaner waren, die jetzt schon

wieder einmal den Europäern das Haus zumindest ein wenig in Ordnung brachten? Wie sie es schon 1918, 1945 und jetzt wieder in Nordirland taten. Seit Dayton - einem sicherlich schlechten und sehr prekären Frieden - gibt es kaum Tote in Bosnien. Es gibt einheitliche bosnische Nummernschilder, einheitliches bosnisches Geld, ein einheitlichen bosnischen area code und kaum Tote. Und die Kriegsverbrecher werden langsam aber sicher gestellt. Wenn das kein Erfolg ist - ein viel zu später und vor allem zu Lasten einer wirklich multiethnischen und multikulturellen bosnischen Republik, die es leider nicht gibt und wahrscheinlich auch lange nicht geben wird, wenn überhaupt - was heißt Erfolg dann? In der real existierenden Welt meine ich, und nicht in abstrakten Dokumenten deutscher Wohlstandsintellektueller?

Bleiben wir bei Europa, denn da können Deutsche und Grüne wirklich etwas bewirken, da ist ihr wirkliches Betätigungsfeld.
Wiederum konkret: Die deutsche Linke hat panische Angst vor deutscher Macht. Dies ist zweifach völlig berechtigt. Erstens, aus den bekannten historischen Gründen, und zweitens, weil diese Angst im heutigen Europa ein noch immer klar ersichtlicher Faktor der Politik ist, d.h. der geschichtlich bedingte Grund hat heute noch real existierende Auswirkungen. Was tun? Deutschland in Europa einbetten; Deutschland europäisieren. Das will Helmut Kohl nebenbei auch – und zwar wie wenige andere in dieser Republik (er weiß schon warum; er kennt seine Pappenheimer, besonders in seiner eigenen Partei). Aber wie soll dies für die Grünen anders aussehen als in der Kohlschen Version? Ich hätte drei konkrete Punkte:

a. Wie es im Magdeburger Programm richtig steht, soll Deutschlands Bewerbung in den Sicherheitsrat der UNO bekämpft werden. Aber was nicht im Programm steht ist das wie und was denn an seiner Stelle kommen sollte.
Ich würde für einen einzigen europäischen Sitz im Sicherheitsrat plädieren, der im Turnus des Vorsitzes der EU, alle sechs Monate von anderen Europäern besetzt wird. Frankreich und Britannien sollten ihre Sitze in einem europäischen Sitz konsolidieren. Dann würde Europa wirklich mit einer Stimme in der UNO sprechen. Anstatt daß Europa - mit Deutschland – möglicherweise drei Sitze in der UNO hätte, sollten sich die Deutschen Linken um die Aufnahme von Ländern wie Brasilien, Indien und - falls es endlich einmal demokratisch regiert wird - Nigeria, als bevölkerungsreichsten afrikanischen Staat, in den Sicherheitsrat bemühen. Dieser europäische UNO-Sitz hätte auch wirklich identitätsstiftende und identitätsfördernde Wirkung „von oben“. Und die braucht man in der Legitimation jeder neuen Institution. Es ist schön und gut Europa nur „von unten“ bauen zu wollen - *from the grass roots*. Aber man braucht eben beides: von unten und von oben. (The ryder cup as a european experience)

b. Die NATO graduell europäisieren, aber nicht nur um den Amerikanern eins auszuwischen, wie es die Franzosen so liebend gerne schon immer taten, nur um dann sofort zu den Amerikanern angelaufen zu kommen, wenn es irgendwie in ihren Augen brenzlig wird (z.B. bei der Nachrüstung, wo die Franzosen, in ihrer Angst vor den potentiell abtrünnigen Deutschen zu den engsten Verbündeten Reagans wurden und der Sozialist Mitterand zum besten Wahlredner der Regierung Kohl). Sondern in dem Aufbau einer wirklich europäischen Armee (oder Einheiten, wenn dies euphemistischer klingt) und nicht nur einer deutsch-französischen Achse mit einigen kleinen Anhängseln. Mit der Integration der Polen (fast 40 Millionen), der Spanier, der Italiener etc. Es gibt keine Staatenbildung - auch keinen Staatenbund (geschweige denn Bundesstaat), der etwas bedeuten und bewirken will - ohne Schaffung irgendeiner Schutzmacht, irgendeiner Institution, welche die politische Autorität und Souveränität dieses Gebildes irgendwie vertritt. Auch Costa Rica - ohne Armee - hat eine nationale Polizei. Sogar die UNO hat Autorität und Souveränität qua seiner zumindest gelegentlich verwendeten Truppen.
Meines Erachtens. haben die Amerikaner nunmehr die große Aufgabe, im Übergang von der NATO zu einem europäischen Militär (nennen wir sie WEU, oder wie Sie es wollen), den Rest Europas an die demokratischen Deutschen zu gewöhnen. Da dies noch einiger Zeit bedürfen wird, wird damit inzwischen ein zweites, sehr wichtiges integratives Moment weiterbefördert: die graduelle Europäisierung deutscher Institutionen. Mit der Europäisierung deutscher Institutionen und der gleichzeitig schwindenden europäischen Furcht vor den Deutschen, kommen wir einem politisch integrierten europäischen Staatenbund - wenn auch noch nicht einem europäischen Bundesstaat - schon um einiges näher.
Nur aus diesem Grund bin ich für die NATO-Erweiterung in Europa, weil hier NATO auch zum großen Teil Festsetzung liberal demokratischer Werte, westlicher Werte bedeutet und nicht nur Machtvergrößerung und Machterweiterung. Deswegen bin ich in Europa für die NATO-Erweiterung und in den USA dagegen. (Wir brauchen für unseren Schutz weder Polen noch Ungarn noch die Tschechische Republik.) Die aber brauchen uns nicht so sehr als militärischen Schutz Rußland gegenüber, sondern als Garanten für die Institutionalisierung einer europäischen Staatenbildung mit westlichen und demokratischen Vorzeichen. Die NATO hat bereits einen ihrer drei wichtigsten Tests, die ihr Lord Irsay zuschrieb, gut bestanden (Die drei Tests waren bekanntlich *to keep the Russians out, the Germans down and the Americans in*.). Die NATO hielt Rußland aus Europa heraus. Wenn es der NATO jetzt noch gelingt mit einem geschwächten Rußland Deutschland für die Europäern wirklich zu normalisieren, quasi völlig geheuer zu machen, ihnen Deutschland als völlig ungefährlich zu präsentieren - d.h. die zweite Aufgabe zu bewerkstelligen - dann erübrigt sich die dritte, nämlich die Amerikaner in Europa zu halten.

c. Rußland soll nicht aus dem europäischen Haus ausgeschlossen bleiben. In diesem Punkt bin ich mit den

zahlreichen russophilen Stimmen der Grünen, besonders in deren „linkem“ und „pazifistischem“ Lager, nicht uneins. Ich möchte aber stringente Beweise haben, daß Rußland seine noch immer sehr starken irredentischen Ansprüche auf seine Nachbarländer [the near abroad] völlig abgelegt hat; daß es keine militärische Bedrohung für diese Länder mehr darstellt. Dann hätte Rußland das gute Recht diesem europäischen Staatenbund beizutreten.

2. Zu elitär, zu europazentrisch, zu bevormundend: Die „Dritte Welt“ wird in den Ausführungen des Magdeburger Programmes viel zu sehr objektiviert. Hier lesen wir nichts von Subjekten, von Akteuren, die auch ihr Schicksal mitbestimmen: durch ihre Politik, durch ihr Handeln, durch ihr Leben. In diesem Dokument sind diese Menschen nur Marionetten der bösen ersten Welt, Opfer von Katastrophen, völlig hilflose Massen bar jeden Willens, bar jeder menschlichen Eigenschaften und Qualitäten, bar jeder Geschichte, bar jeder Autonomie und Souveränität.

Natürlich fällt in diesem so pessimistischen und trostlosen Szenario auch das neue Buhwort der Globalisierung. Das die Globalisierung nichts neues in der Entwicklung des Kapitalismus ist hat Karl Marx schon in seinem gerade 150 Jahre alt gewordenen Kommunistischen Manifest klar erläutert. Aber auch wenn wir uns jetzt wirklich in einem qualitativ neuen Stadium der Globalisierung befinden, einem Stadium, das diese bereits alte Entwicklung quasi in einem *overdrive* zu neuen Höhen treibt, ist dieser Prozeß keine reine Einbahnstraße des Verderbens und der Rückschläge. Globalisierung muß natürlich sozial abgefedert sein. Den Schwachen muß beigestanden werden. Dieser Prozeß ist sicherlich sehr beängstigend und hat viele Verlierer, die disproportional in den bereits armen Ländern sind - kein Zweifel. Aber *gerade* diese Globalisierung hat auch neue, gute Entwicklungen gebracht, die diese Länder zumindest zum Teil hoffen lassen können.
Beispiele?: Bangalore und der diese Stadt umgebende Staat Karnataka in Indien, wurden zu einer florierenden Region dank seiner erstklassigen Computerfachleute.
Uganda, zentriert um die Universität Makarere in Kampala, eine der feinsten Universitäten Afrikas, entwickelt ähnliche Strukturen wie Bangalore sie hat.
Mexiko profitiert von der NAFTA viel mehr als die USA und Kanada dies tun; besonders, was die Demokratisierung des Landes und die graduelle Demontage der PRI in Staat und Gesellschaft betrifft. Der Weg ist noch lang aber er wurde durch NAFTA erheblich verkürzt.
Einer der Hauptgründe, warum es in Irland vielleicht doch noch nach genau 300 Jahren Kampfes zwischen Katholiken und Protestanten zum Frieden kommen könnte, ist die rapide ökonomische Prosperität Irlands als Konsequenz der EU und Irlands Globalisierung den USA und dem Rest der Welt gegenüber. (Irland nützt sehr geschickt seine geographische und kulturelle Lage zwischen Europa und Amerika.)
Ich möchte noch ein kleines konkretes Beispiel einer positiven Dimension von Globalisierung geben: Ein kleiner chinesischer Junge in einem entlegenen Dorf hatte einen scheinbar irreparablen Herzfehler, der ihm das Leben nicht nur sehr erschwerte und leidvoll machte, sondern ihm sicherlich in ein paar Monaten das Leben gekostet hätte. Eine Bekannte der Familie hörte diese Story in der nächsten Stadt, sagte es jemandem in einer Großstadt weiter und dieser Mensch veröffentlichte dies im Internet. Eine Hausfrau in einer kleinen texanischen Stadt las dies und sagte es einer Freundin in Los Angeles, die Kinder hatte und deren Kinderarzt einen Kardiologen auf der UCLA Medical School kannte. Der langen Rede kurzer Sinn: Das chinesische Kind wurde durch freiwillige Spenden in den USA nach Los Angeles gebracht, wo es durch drei „high tech Operationen“ völlig genesen konnte. Eine kleine Erfolgsstory, die der Globalisierung gelegentlich ein menschlicheres Antlitz verleihen kann. Wenn man schon nichts positives über die Globalisierung sagt oder von ihr hält, muß man der Globalisierung etwas Konkretes entgegensetzen, oder sie konkret polstern und abfedern, wenn man sie nicht völlig abstrakt kritisieren will.

3. Was mir völlig fehlt, ist eine gehörige Kritik der rechtsradikalen Tendenzen in der deutschen Bundeswehr. Die Existenz der Bundeswehr als solche wird mehr oder minder vom Magdeburger Dokument in Frage gestellt; die Bundeswehr soll auf rund 150.000 Soldaten in den nächsten vier Jahren reduziert werden. Auch in den folgenden Jahren soll die Bundeswehr *„drastisch“* reduziert werden - „zunächst mit dem Ziel einer weiteren Halbierung“. In Ordnung, aber ich las kein Wort über die gefährlichen Rechtstendenzen in der Bundeswehr. Von einer Verherrlichung der Wehrmacht, die in verschiedenen Bundeswehrkreisen noch immer - oder schon wieder - zum guten Ton gehören soll. Wenn man solche Angst vor deutscher Macht und ihrem potentiellen Mißbrauch in der Welt und in Europa hat, wie es bei Bündnis‘90/Die Grünen der Fall zu sein scheint, dann würde ich bei Rechtsradikalismus im deutschen Militär gehörig die Ohren spitzen. Aber vielleicht ist Rechtsradikalismus kein Thema für die Grünen: Was las ich da für furchtbare Sachen in der Hamburger Ausgabe der TAZ, wohlgemerkt nicht in ihrer nationalen Ausgabe?

Erster Fall - daß die Partei es Cem Oezdemir verwehrte, eine „Magdeburger Erklärung“ zum Rechtsradikalismus zu verabschieden, weil der Arbeitstitel seines Projektes „Rechte Gewalt im Osten" hieß, und dies anscheinend nicht *politically correct* im grünen Sprachgebrauch ist? Und dies in einer Stadt, in der es in der jüngsten Vergangenheit wiederholt zu schweren rechtsextremistischen Übergriffen gekommen ist. Natürlich soll dies Mölln nicht entschuldigen, natürlich soll dies nicht eine Exkulpierung des Westens sein. Aber daß Bündnis 90/ Die Grünen diese Diskussion *gerade* in Magdeburg scheuten und verhinderten, damit sie den Osten nicht

irgendwie sprachlich beleidigen, finde ich sehr bedenklich.

Zweiter Fall - daß die GAL plötzlich Bürgernähe und *„grass roots activism“* mit unverhohlenem Rassismus und Fremdenhaß der deutschen Bevölkerung identifiziert und gleichsetzt, und ihre Politik der Exklusivität gegenüber den Schwachen und den schutzbedürftigen Ausländern mit dem Mantra der „Volksnähe“ legitimiert. „Wir handeln nicht gegen den Willen der Bevölkerung“ preist Hamburgs GAL-Franktionssprecher Ronald Preuss seine Bürgernähe, nachdem seine Fraktion entschieden hat, in einem derzeit von Aussiedlern bewohnten Containerdorf keine Flüchtlinge aus Bosnien, Afghanistan und dem Iran unterzubringen. Denn die deutschen Nachbarn wollten diese Leute nicht unter sich haben, da sie diese „Beeinträchtigung unserer Lebensqualität“ nicht hinnehmen wollten. Und jetzt sollen auch noch Afrikaner dazukommen - um Gottes Willen Afrikaner? „Dann gibt es hier Drogen und Prostitution". Und dies aprobiert eine Grüne Partei im Namen eines Mehrheitswillens, der ja bekanntlich auch für die Todesstrafe ist, Homosexuelle haßt, xenophob und antisemitisch ist. Was ist denn das für eine opportunistische, rechtspopulistische Auslegung von Demokratie?

Wenn Bündnis 90/Grüne wirklich Angst vor deutscher Macht und ihrer Projektion in Europa und in der Welt haben, dann würde ich hier aber schnell anfangen gehörig nachzuhaken. Rechtsradikalismus ist und bleibt die Achillesferse deutscher Politik. In diesem Bereich sind die Spielräume für Deutschland - und besonders für die deutsche Linke - viel geringer als in allen anderen vergleichbaren Ländern. Wenn Bündnis 90/Die Grünen solche Angst vor deutscher Macht und ihrer Projektion in Europa haben, dann ist in diesem Bereich politische Gegenmobilisierung mächtig angebracht.
Ich komme zum Schluß: Das europäische Projekt ist bereits in Konstruktion. Die Gerüste werden täglich gelegt und verstärkt. Aber das Gebäude ist noch lange nicht fertig. Die Größe der Räume ist noch nicht gegeben, ihre Verwendungszwecke stehen noch zur Diskussion, das Dekors ist noch planungsbedürftig. Kurz, die Wohnhaftigkeit, die Wohnbarkeit, die Lebensqualität dieses Gebäudes ist noch offen und völlig gestaltungsfähig. Die instrumentellen Dimensionen dieses Großprojektes beginnen sich langsam herauszukristallisieren. Aber die expressiven, die emotionalen, die affektiven, die identifikationsbindenden, die loyalitätsfördernden sind noch völlig gestaltungsunfähig und wichtiger noch - gestaltungsbedürftig. Noch wichtiger als Affekt und Zuneigung im langwierigen Prozeß von *„institution building“* ist - wie Claus Offe in seinen neuen Arbeiten so brillant zeigt - die Schaffung und Aufrechterhaltung von Vertrauen (trust). Trust ist für eine gesunde und wohlfunktionierende Demokratie noch viel wichtiger als Affekt und Zuneigung. Und zwar Trust auf beiden Ebenen: der horizontalen, d.h. zwischen Bürgern untereinander; und der vertikalen, d.h. zwischen Bürgern und ihren Regierungen und Staat. Wenn ein gewisses Niveau an Vertrauen - eine Vertrauensbasis, ein Vertrauenssockel - geschaffen ist, können Institutionen sogar an Autorität verlieren, da das System im allgemeinen - das Ganze sozusagen - auf Vertrauen basiert. So geschehen in den USA über 230 Jahre; aber auch in der Bundesrepublik Deutschland über 50 Jahre. Die Institution „Präsident“ verliert zwar an Autorität; oder die Institution „Bundeskanzler“ oder „Parteien“ - die berühmt-berüchtigte Politikverdrossenheit - aber das System USA, und zwar das *demokratische* System USA; wie auch das *demokratische* System Bundesrepublik Deutschland genießen genug Grundvertrauen, um diese Autoritätsverluste, wenn nicht völlig zu verdauen, so doch nicht in irgendwelche diktaturbringende Katastrophen untergehen zu lassen. Vertrauen ist absolut essentiell für die Existenz jedes politischen Systems. Und die kann man meines Erachtens nur mit *voice*, mit *Stimme* erreichen. In seinem großen Werk spricht Albert O. Hirschman von *exit, voice and loyality* als den drei wichtigsten Ingredienzen, Ausdrücken und Vektoren politischen und sozialen Handelns. Jedes der drei ist wichtig und entscheidend zu verschiedenen Zeiten und bei verschiedenen Aufgaben; und ein Gemisch der drei ist stets in allem menschlichen Handeln vorhanden. Ich würde meinen, daß in dem Stadium, in welchem sich jetzt der europäische Bauprozeß befindet, die *voice option* die wichtigste ist. Und hier haben sich die Grünen seit ihrem Entstehen in den späten 70iger Jahren ausgezeichnet. Das war bis jetzt ihr *comparative advantage* im Gefüge deutscher Politik und Öffentlichkeit. Es wäre furchtbar schade, ja verantwortungslos, wenn gerade jetzt Bündnis 90/Die Grünen ihr oftmaliges Kokettieren mit, aber ihre eigentlich nie realisierte Zuneigung zur *exit option* zu ihrer Politik machen würden. Sie würden einen Pfad versäumen, den sie nie mehr betreten könnten. Das neue europäische Haus wäre dann ein ziemlich ungemütlicher und fader Ort - und das wäre weder nötig noch entschuldbar.